

## Menschen werden behindert

**Unternehmen kassieren** zwar fette Förderungen für die Einstellung von Menschen mit Behinderung. Doch gleichzeitig fahren sie auch hier Angriffe. Die Aufweichung des Kündigungsschutzes in diesem Bereich wird keine Jobs schaffen. Doch auch die Gewerkschaft lässt aus und setzt sich kaum für die Beschäftigten in „Behinderten“-Werkstätten ein. **Seite 2**

## Schweden: Neoliberales Modell!

**Schweden** hat sich in den letzten 20 Jahren vollständig gewandelt – von einem Vorbild an einigermaßen gerecht verteiltem sozialem Wohlstand nach Bedarf zu einem neoliberalen Modell für europäische Politik. Schulen, Gesundheits- und Pensionssystem sind in weiten Teilen privat. Doch es gibt Widerstand durch das Kampagnennetzwerk „Wohlfahrt ohne Profite“. **Seite 12**

## Schwerpunkt

**Berufsheer** oder Wehrpflicht: Bei näherem Hinschauen entpuppt sich die Debatte als Ablenkungsmanöver. Eine echte Sicherheitsoffensive bedeutet mehr Geld für den Sozialbereich! **Seiten 7-10**



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 214 | 12.2012

# Warm anziehen und Widerstand organisieren!

**Europaweit** versuchen die Herrschenden, Löhne zu drücken und Arbeiterrechte zu zerschlagen, um ihre Profite zu retten. Die Anzeichen häufen sich, dass die Krise auch nach Österreich (zurück) kommt. Die Unternehmen bereiten sich nun darauf vor. „Die Eurozone ist erneut von einer Rezession betroffen. Das für die USA gefürchtete Double Dip-Szenario ist nicht jenseits, sondern vielmehr diesseits des Atlantiks Realität geworden“ (Christoph Neumayer, Industriellenvereinigung). Die IV fordert daher „Arbeitszeit- und Arbeitsmarktflexibilisierung“. Sprich: Verschlech-

Dritte fühlt sich im Job gesundheitlich beeinträchtigt. Dank Pensionsreform arbeiten wir bis zum Umfallen. Das hier ist nicht nur eine wirtschaftliche Krise – es ist eine Krise des kapitalistischen Systems!

Am 14. November fand ein europaweiter Aktionstag gegen Kürzungen statt. In Griechenland, Spanien und anderen Ländern gab es Massenprotest und Streiks. Anstatt die existierenden Probleme aufzugreifen, hat der ÖGB diese Chance, Widerstand zu organisieren, verstreichen lassen. Grund zu kämpfen gibt es genug: stagnierende Löh-



## Die Unternehmen bereiten sich mit Angriffen auf Beschäftigte auf die Krise vor.

terungen für ArbeitnehmerInnen. Schon jetzt ist die Situation alles andere als rosig. Laut Armutskonferenz nehmen manifeste Armut und Dauer von Armut zu. Bedrückende und ausgrenzende Lebenssituationen steigen. JederR

ne, Nulllohnrunde im öffentlichen Dienst, Angriffe auf die Kollektivverträge, Sparpakete, Personalabbau. Der ÖGB hat völlig verschlafen, dass Regierung und Unternehmen die Sozialpartnerschaft schon längst aufgekündigt

haben! Und der Unmut steigt: Es gab in den letzten Monaten Demonstrationen von KindergärtnerInnen, JournalistInnen, in der Werbebranche, Betriebsversammlungen bei den Metallern und im Sozialbereich. Eltern spre-

chen sich gegen die Nulllohnrunde bei den Kindergärten aus (siehe [www.slp.at](http://www.slp.at)). Die Menschen sind kampfbereit – die Gewerkschaftsführung ist es nicht. Darum müssen wir uns organisieren! Dieses System hat uns nichts zu bieten. Wir brauchen eine sozialistische Gesellschaft ohne das Chaos und die Ausbeutung des Kapitalismus!  
**Laura Rafetseder**

### Die SLP fordert:

- Für Lohnabschlüsse deutlich über der Inflation!
- Nein zu Personalabbau und Kürzungen!
- Der ÖGB muss entschlossenen Widerstand bis hin zu Streiks gegen die Angriffe von Unternehmen und Regierung organisieren!



**von Sonja Grusch** Wohnen ist teuer. Pro Quadratmeter zahlt man oft mehr als für ein Mittagessen. Nun haben die Grünen das Thema aufgegriffen. Der Hintergrund ist offensichtlich. Seit längerem stagnieren sie bei Umfragen und Wahlen. Und da ja nun schon alle anderen Parteien mit dem Wahlkampf begonnen haben, müssen auch die Grünen nachziehen.

Das Thema Wohnen ist gut gewählt. Die Missstände werden drastisch aufgezeigt und das Thema bietet die Möglichkeit, sich klar zu positionieren. Wie soll mit jenen EigentümerInnen von Wohnraum umgegangen werden, die diesen aus Spekulationsgrün-

## Grüne werfen sich mit Sozialrhetorik in den Wahlkampf

den leerstehen lassen? Wie kann verhindert werden, dass Menschen 50% und mehr ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen? Und v.a.: wie kann Wohnraum geschaffen werden, damit alle, die eine Wohnung suchen, auch eine leistbare finden? Doch diese und andere Fragen beantworten die Grünen kaum. Vorgeschlagen werden lediglich einige vermeintlich clevere Mechanismen. Die Idee ist, den Markt ein bisschen zu reglementieren und Anreize zu schaffen. Es wird auf die „unsichtbare Hand“ des Marktes gesetzt. Befristungen werden nicht grundsätzlich abgelehnt, Zuschläge sollen nur „transparenter“ gemacht werden. Nach dem grünen Modell sollen die Mieten für einen Teil der Neubauten ganze 25 Jahre lang völlig frei festgelegt werden können. In Wien, wo die Grünen mitregieren, wird seit über einem Jahrzehnt Wohnraum nicht mehr durch die öffentliche Hand gebaut, sondern es werden nur Genossenschaften gefördert. Doch der Genossenschaftsanteil ist teuer und eine oft unleistbare Hürde gerade für Junge. Ja, Wohnen ist ein Menschenrecht und ein brennendes Problem. Da braucht es dann aber überzeugendere Vorschläge: Koppelung der Miete an das Einkommen und der Anteil darf 20% nicht übersteigen. Wohnbauoffensive durch die Öffentliche Hand und Enteignung von Wohnraum, der aus Spekulationsgründen leersteht.

### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

## Es sind KollegInnen – doch wo ist der ÖGB

Der Kampf für die Rechte „behinderter“ KollegInnen ist ein Stiefkind des ÖGB. Das beginnt bei der Organisation: Es gibt kaum Möglichkeiten für die betroffenen KollegInnen, sich zu organisieren. Tatsächlich sind aber viele der KollegInnen mit „Behinderung“ nicht nur berufstätig, sondern auch aktiv – in den Protesten gegen die Aufweichung des Kündigungsschutzes 2010, bei den Protesten gegen das steirische Sparpa-

ket, wo KlientInnen und BetreuerInnen gemeinsam auf die Straße gingen, und auch in zahlreichen Initiativen für Werkstättenräte. Der Sozialabbau in der Steiermark und die Kürzungen im öffentlichen Dienst (Aufnahmestopp) kosten mehr Arbeitsplätze für „behinderte“ KollegInnen als die PR-Maßnahmen der Wirtschaftskammer je bringen werden. Ein Grund mehr, dass die Gewerkschaft das Paket bekämpfen müsste.



## Behinderung und Arbeitswelt

**Frei nach dem Motto** „nur wer produziert, rentiert sich“ werden in Österreich Menschen mit Behinderung „behindert“. Obwohl

sozialamt gekündigt werden konnten. Seit Jahren kämpft die Wirtschaftskammer gegen diesen Kündigungsschutz. Gerne

det werden, gilt der Kündigungsschutz erst nach vier Jahren! Wir „prophezeien“ schon heute: 1) Diese Regelung wird keinen einzi-

*„Geld: Ja; Kündigungsschutz: Nein!“ ist das Motto der Unternehmen.*

Unternehmen bei einer Beschäftigtenzahl von über 25 verpflichtet wären, einen „begünstigten Behinderten“ einzustellen, erfüllen die meisten Unternehmen, aber auch der öffentliche Dienst, diese Vorgabe nicht! Als Ausrede muss oft der „Kündigungsschutz“ herhalten. Dieser bedeutete früher, das ArbeitnehmerInnen mit über 50 % Behinderung nur mit Zustimmung eines eigenen Ausschuss im Landes-

verschweigt sie dabei, dass es für die Einstellung von „begünstigten Behinderten“ großzügige Förderungen (von Bundessozialamt, AMS, den Bundesländern usw.) für die Unternehmen gibt. Nun haben die Unternehmen einen ersten Teilsieg gegen behinderte Menschen errungen. Mit dem Belastungspaket 2010 wurde auch der Kündigungsschutz gelockert. Für Dienstverhältnisse, die nach dem 1.1.2011 begrün-

gen neuen Job für behinderte Menschen bringen. 2) Es wird viele Kündigungen – „zufälligerweise“ am Ende des dritten Jahres – geben. Weniger Kündigungsschutz schafft keine Jobs – das hat sich auch bei den Lehrlingen gezeigt, wo er ebenfalls aufgeweicht wurde. Wir kämpfen für den vollen Kündigungsschutz für behinderte ArbeitnehmerInnen und auch alle anderen Beschäftigten!

**Moritz Erkl**

## Die Mär von der Chancengleichheit!



Die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten arbeiten, steigt, doch sie erhalten nur ein „Taschengeld“. Arbeitsrechte gibt es keine, die demokratische Mitbestimmung ist minimal. Zwar gibt es nun in einigen Behindertenwerkstätten „Werkstättenvertreter“, doch sie haben kaum Rechte. Nötig sind echte Vertretungen ähnlich wie Betriebsräte, mit Kündigungsschutz, Informationsrechten, Einspruchs-

rechten usw. Gerne wird in der Behindertenarbeit von der „Normalisierung“ (Leben soll jenem von „NormalbürgerInnen“ angepasst werden) gesprochen – dazu würde auch eine entsprechende kollektivvertragliche Bezahlung gehören. Bei ÖGB, PolitikerInnen und Wirtschaftskammer gibt es Lippenbekenntnisse über „mehr Integration“. Gleiche Rechte als Voraussetzung zur Integration gibt es aber nicht!



## Eine Alternative - links statt rechts!

**Konfrontiert** mit Korruption, Sparpaketen und der Einsicht, dass die etablierte Politik v.a. Gewinne der Banken und Konzerne

deutlich zeigt, ist das Potential für neue Parteien. Dieses wird in Österreich fast nur von der politischen Rechten genutzt.

KPÖ nicht als wirkliche Alternative wahrgenommen wird. Wie die SPÖ der 1970er Jahre setzt sie v.a. auf soziale Hilfe. Doch da-

nisationen vorgeschlagen, um ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen 2013 zu finden. Die Gründung der "Allianz Soziales

*Wenn es bei den Wahlen 2013 kein gemeinsames linkes Angebot gibt, werden Stronach & Strache gewinnen!*

rettet, suchen viele nach Alternativen. Deshalb kommen manche neuen Parteien zu hohen Umfragewerten. Das Team Stronach präsentiert sich als weniger korrupte Politik oder als Möglichkeit eines Denkkzettels. Sein Wirtschaftsprogramm aber ist Umverteilung von Arm zu Reich - anders wurde auch noch niemand Milliarden. Altbekannter Neoliberalismus wiedergekaut. Was Stronach aber

Wenn Parteien mit neoliberaler Politik und dem Versprechen, weniger korrupt zu sein, schon solche Umfragewerte erzielen, was wäre dann mit einer linken Partei mit klar sozialistischem Programm möglich? Das Grazer Wahlergebnis der KPÖ (20%) zeigt, dass Menschen Angebote von Links unterstützen. Die Wahlbeteiligung von 55% zeigt aber auch, dass von einem großen Teil auch die

für ist in Krisenzeiten immer weniger Raum. Die KPÖ setzt v.a. auf WählerInnen, statt AktivistInnen um Bewegungen gegen Kürzungen und Streiks aktiv zu mobilisieren.

Mit den guten Ergebnissen in Graz und Krems hat die KPÖ eine besondere Verantwortung, für eine neue linke Partei zu kämpfen. Die SLP hat schon vor Monaten eine breite linke Konferenz von AktivistInnen und Orga-

Kärnten" kann ein Ansatz in diese Richtung sein. Die SLP betont seit langem die Notwendigkeit einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche. Diese braucht ein sozialistisches Programm, denn es reicht nicht, den Kapitalismus zu reformieren. Und es muss eine Partei von AktivistInnen sein - eine weitere etablierte Partei können sich die Menschen nicht mehr leisten. **Georg Kumer**

## Menschen zweiter Klasse?

**Behindert** „ist“ ein Mensch nicht einfach körperlich, seelisch oder geistig, behindert „wird“ ein Mensch auch durch soziale, gesellschaftliche und Umweltbeeinträchtigung. In Österreich leben ca. 1,6 Mio. Menschen zwischen 16 und 64 mit Behinderung (die meisten BrillenträgerInnen fehlen bei der Zahl). „Behinderung“ ist keine Randerscheinung. 2007 bezogen 446.676 Menschen Invaliditätspension, 335.072 Pflegegeld.

**94.426 Menschen** sind „begünstigte Behinderte“ (Behinderungsgrad laut Bundessozialamt mindestens 50 %), 67 % sind in einem Beschäftigungsverhältnis. Von diesen sind 34 % sind im engeren Sinn erwerbstätig. Aber: Von den 16.459 Unternehmen, die begünstigte Behinderte einstellen müssten, kommen dem nur 22,7 % nach, nur ca. 65 % der 93.000 Pflichtstellen am ersten Arbeitsmarkt sind besetzt.

**2008 arbeiteten** ca. 19.000 Menschen in Werkstätten, viele haben nur eine Lernbehinderung. Sie bekommen ein „Taschengeld“ zwischen € 25 und € 250/Monat. Die Arbeit ist verpflichtend und keineswegs nur „basteln“ - produziert wird u.a. für Hilti, Kurkonditorei Oberlaa, Konica Minolta, Air Fire Tech, Internorm, Topic und das Unfallkrankenhaus Linz. Die verdienen daran und bekommen noch kostenlose Prestige-Werbung.

**Laut einem Bericht** der Bundesregierung würden 59 % der Männer und 61 % der Frauen mit Behinderung ohne Sozialleistungen unter der Armutsschwelle leben. Doch auch so sind 124.000 (13 %) der Betroffenen manifest arm - das ist doppelt so viel wie in der Gesamtbevölkerung. Die Armutgefährdungsquote liegt in der Gesamtbevölkerung schon bei 13 %, bei behinderten Menschen ist sie mit 17 % noch höher.

### Der rechte Rand

**Die Asyl-Bewegung** in Österreich hat eine neue Qualität bekommen: Flüchtlinge organisieren sich selbst und kämpfen gemeinsam mit AktivistInnen aus Österreich für ihre Rechte: Betroffene melden sich selbst zu Wort!

Für ÖVP und besonders FPÖ ein Skandal. Schnell wird von Undankbarkeit gesprochen und davon, dass das ja eh (fast) alles nur Wirtschaftsflüchtlinge und „Asylbetrüger“ wären. Zwei Tage nach dem Marsch der Flüchtlinge aus Traiskirchen nach Wien besuchte Strache mit Anhang vom rechten Rand der FPÖ das dortige Lager. Geführt wurde die FP-Delegation vom Hausverwalter des Lagers, der den Rechten, nicht aber Asyl-NGOs, die Türen öffnete. Die anschließende Pressekonferenz bestand aus Behauptungen über die angeblich so gute Unterbringung, die hohe Zufriedenheit der BewohnerInnen, die dennoch alle kriminell wären. Selbst die Polizei vor Ort sagt aber, dass es mit den BewohnerInnen keine größeren Probleme gäbe.

Der VP-nahe Kurier unterstellte AktivistInnen, die Flüchtlinge aufgehetzt zu haben. Dem konnte sich die FP-Traiskirchen nur anschließen: Sie gab der SLP und deutschen „Berufs-Autonomien“ die Schuld. Das ist dumpfer Rassismus: die dummen AusländerInnen, die sich willig vor den linken Karren spannen lassen.

Als FPÖler im Protest-Camp auftauchten, reagierten die Flüchtlinge entsprechend. Es wurde abgestimmt und die Rassisten vertrieben. Hinter der Rassismus-Offensive von FPÖ&Co steckt eigentlich eine Defensive. Sie wollen endlich das Thema Korruption aus den Medien verdrängen.



**"Land, Friede, Brot!"** war der Slogan der Russischen Revolution, die ganz Europa in ihren Grundfesten erschütterte. Die revolutionäre Bewegung schuf sich bereits während des Krieges Arbeiter- und Soldatenräte („Sowjets“) und erfasste auch Österreich, wo es im Jänner 1918 zu einem Höhepunkt kam.

Ein Streik im Daimler-Werk in Wiener Neustadt (in Folge der Halbierung der Mehlrationen) begann sich über Nacht auf alle Industriezweige der gesamten Habsburg-Monarchie auszubreiten. Der Streik wurde zum politischen Mittel. Der Jännerstreik umfasste bis zu 700.000 ArbeiterInnen, die für soziale

**Frisch gekämpft,  
ist halb gewonnen!**

Besserstellung des Proletariats, eine Agrarreform zu Gunsten der verarmten Landbevölkerung, sowie für ein rasches Kriegsende eintraten. Auf den Jännerstreik folgte in Deutschland der Januarstreik. Im k.u.k. Kriegshafen Cattaro kam es Anfang Februar zum Matrosenaufstand. Doch während in Deutschland und Ungarn im Folgejahr Räterepubliken nach dem Vorbild Sowjetrusslands ausgerufen wurden, blieben ähnliche Ansätze vorerst auf bevölkerungsreiche Regionen wie Wien und das Industriegebiet in Oberösterreich beschränkt. Die Sozialdemokratie bremste hier wie dort und setzte auf Republik statt Revolution.

In Deutschland, Österreich und Ungarn scheiterten Revolutionen und Rätebewegungen. Das führte letztendlich zum Faschismus, nachdem die sozialistischen Revolutionen gescheitert waren. Sowjetrussland blieb isoliert und verkam zur Diktatur.

**Pablo Hörtner**



## Schluss mit lustig: Widerstand!

Nur die Einkommen des Managements können mit den steigenden Preisen bei Mieten, Lebensmitteln, Strom, Gas oder Kanal-

de für ca. eine Million Beschäftigte eine Nulllohnrunde verordnet und der ÖGB stimmt zu. Auch im privaten Sektor sind die

Das entspricht auch der Politik der EU. Sie nutzt die Krise und fordert in den besonders arg gebeutelten Staaten die Aushebelung

Krise voll auf dem Rücken der Beschäftigten abzuladen. Aber nicht nur das. Die Wirtschaftsprognosen sind düster. Insofern versuchen die Unternehmen, mit niedrigen und aufgeweichten Kollektivverträgen „vorzusorgen“. Viele Menschen haben allerdings jetzt schon keinen Polster mehr. Die nächste Welle der Krise wird sie dann mit voller Wucht treffen. Wir brauchen Gewerkschaften, die dieser Tatsache ins Auge sehen und nicht mehr Verständnis für die Bilanzen der Unternehmen als für die Geldbörseln der Beschäftigten haben. Dazu müssen wir uns an der Basis organisieren und den Druck auf die Gewerkschaften erhöhen.

**Albert Kropf**

### *Ene, mene, muh und raus bist du! EU, Regierung und Unternehmen bekämpfen Kollektivverträge.*

und Müllgebühren mitgehalten. Unsere Kollektivverträge können es nicht. Die haben in den letzten Jahren kaum die Inflation abgefangen, von den real steigenden Lebenskosten ganz zu schweigen. Gebühren wie die Autobahnvignette werden automatisch nach dem Verbraucherpreisindex angepasst. Der ist mit 3,8% höher als die Inflation. Doch im Öffentlichen Bereich wur-

Abschlüsse mager. Die Gewerkschaft ist in der Defensive. Geht Sie nicht bedingungslos auf die Forderungen der Unternehmer ein, werden Verhandlungen und Kollektivverträge gekündigt, ausgesessen oder aufgesplittert. Journalismus, Druck, Metallbereich oder der „Wechsel“ in den schlechteren Kollektivvertrag bei der AUA sind die jüngsten Beispiele.

und Aufhebung der Kollektivverträge! Bund, Länder und Gemeinden sind bei uns Vorreiter. Es gibt die Nulllohnrunde und einige Bundesländer zahlen 2012 unter dem abgeschlossenen Kollektivvertrag. Die Gewerkschaften geben klein bei, wenn nicht genügend Druck aus den Betrieben da ist. Hauptsache sie dürfen „verhandeln“. So aber gelingt es, die Kosten für die

## Der Schmäh von den Lohnnebenkosten



**Die Beiträge** zur Sozialversicherung werden von Unternehmen und Beschäftigten bezahlt; die Unternehmen verbuchen ihren Teil als „Lohnnebenkosten“. Das versteht man unter „Arbeitgeberanteil“ und es sieht so aus, als würde die Firma unsere Beiträge bezahlen.

Auf den ersten Blick macht das einen sehr sozialen Eindruck und alle sind froh, dass unsere Wirtschaft ach so großzügig ist. Gerne ist in den

Medien von „Leistungsträgern“ die Rede, wenn von Wirtschaftstreibern berichtet wird. Bei genauer Betrachtung entpuppt sich dieser Begriff aber als blanker Hohn. Da der gesamte Umsatz eines Unternehmens erst durch die Leistung der Mitarbeiter möglich wird, stellt sich die Frage, mit wessen Geld eine Firma die Lohnnebenkosten eigentlich bezahlt. Der wahre Grund für diese scheinbare Aufteilung liegt in der bes-

seren Verkaufbarkeit der hierzulande so gepflegten Sozialpartnerschaft, die vor allem der Wirtschaft nutzt. Mittlerweile werden die Lohnnebenkosten oft am Lohnzettel vermerkt um zu zeigen, welche „Kosten“ man der Firma „verursacht“ hat. Nicht vermerkt ist der jeweils erarbeitete Gewinn. Tatsache ist, dass am Ende WIR alle diese Kosten mit unserer Arbeitskraft bezahlt haben.

**Karl Breinesberger**

## Basis wehrt sich gegen Nulllohnrunde

Für den 14. November hatte der Europäische Gewerkschaftsbund zu Aktionen gegen das Abwälzen der Krise auf Beschäftigte aufgerufen. In Spanien, Portugal, Italien und Griechenland kam es zu Generalstreiks und Demonstrationen. Und in Österreich?

In Wien hatte der ÖGB zum Sirtaki-Tanzen am Stephansplatz aufgerufen, um sich mit den Bewegungen in Südeuropa zu solidarisieren. Ob hüpfende GewerkschaftsbürokratInnen – es waren kaum einfache Mitglieder anwesend – ein Beitrag zum Widerstand der europäischen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Kürzungen und Lohnraub sind, ist mehr als fraglich. Zudem gibt es auch in Österreich genug Gründe, um aktiv gegen Verschlechterungen zu kämpfen.

Die Nulllohnrunde, der skandalöserweise weite Teile der Gewerkschaftsbürokratie zustimmen, ist Lohnraub. In ganz Österreich verabschieden öffentlich Beschäftigte in Bund und Land Protestresolutionen dagegen. Sie scharren in den Startlöchern für Protestmaßnahmen. Die SLP hat am 14.11. das Thema Nulllohnrunde aufgegriffen und Vorschläge für die nächsten Schritte gemacht.

In Linz verteilten wir in der Innenstadt und vor größeren Dienststel-

len Flugblätter, in denen wir auf die Notwendigkeit von Streiks gegen die Nulllohnrunde hinwiesen. Auch in Graz und Wien war die SLP am 14.11. aktiv auf der Straße – jenseits von Sirtaki und Co.

Im Salzburger Landeskrankenhaus fand eine Betriebsversammlung statt. Bereits zwei Tage zuvor hatten sich die übrigen Landesbediensteten versammelt. Dabei wurden weitere Aktionen gegen die geplante Nulllohnrunde besprochen. Die Beteiligung war groß und der Ärger über die Einsparungen war enorm. Am Eingang der Kantine hing ein Transparent: „Wie viel sind wir euch wert?“ Die SLP verteilte bei Schichtwechsel und auf den BVn Flugblätter, in denen zu weiteren Kampfmaßnahmen aufgerufen wurde. Während die KollegInnen entschlossen waren, Aktionen durchzuführen, hielt sich die Gewerkschaftsspitze zurück. Es folgen allerdings weitere Betriebsversammlungen, darunter auch öffentliche. Die SLP ist im und vor dem Betrieb aktiv dabei, die KollegInnen zu unterstützen. Wir weisen darauf hin, dass es notwendig ist, Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik zu organisieren. Von Sirtaki bzw. Walzer wird sich die Regierung kaum beeindruckt lassen.

Jan Rybak und Lukas Kastner



Foto: Daniel Hrneir

## Aktiv gegen Nazi-Konzert

Für 21. & 22. November waren Konzerte der rechtsextremen Band „Death in June“ im Wiener Club „Massiv“ angekündigt.

enkierris das Hauptquartier der neofaschistischen HOS-Miliz und gaben Interviews für rechtsextreme Publikationen.

TEM Records. Am 21. November fand am Rochusmarkt gemeinsam mit anderen eine größere Aktion statt. Mit Transparent,

*Proteste gegen rechte Bands können erfolgreich sein: In Deutschland wurden DJ Konzerte abgesagt.*

Organisiert wurden sie von „TOTEM Records“, wo man auch NSBM (National Socialist Black Metal) findet.

Als Bandlogo hat DiJ einen SS-Totenkopf, in ihren Songs leugnen sie den Holocaust („Rose Clouds Of Holocaust“), verwenden antisemitische Codes oder „feiern“ Hitlers Feldzug gegen die Sowjetunion („We Drive East“). Sie besuchten während des Jugoslawi-

Inhalte und faschistische Symbolik ziehen auch Neonazis auf ihre Konzerte. Aus diesen Gründen organisierte die SLP Proteste gegen das Konzert. Kritik gab es auch aus dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, dem Mauthausenkomitee und der Bezirksvertretung.

Wir organisierten am 10. November eine Kundgebung vor und gegen TO-

Flyern und v.a. durch die verschiedenen RednerInnen gelang es, die PassantInnen zu informieren, von denen wir großen Zuspruch erhielten.

Der Club Massiv sagte die Konzerte ab, die dann wohl bei Totem Records direkt stattfanden. Wir haben sie leider nicht verhindert, aber klar gemacht, wie gefährlich die Band ist.

Sedef Yavuz

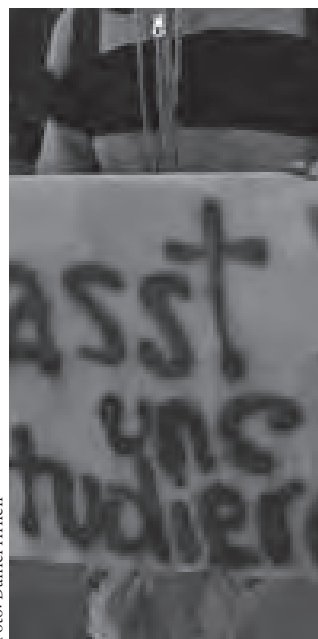


Foto: Daniel Hrneir

## Steilvorlage für winterlichen Widerstand an den Unis

Wenn es nach der Regierung geht, soll es immer weniger von uns geben. Menschen mit höherer Bildung nämlich. Bei der letzten Klausur wurden Zugangsbeschränkungen für 44 Studien sowie Gebühren für alle (für Drittstaatsangehörige doppelt) beschlossen.

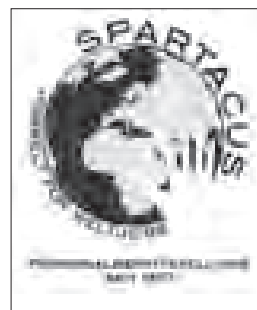
Das stacheln den Widerstand weiter an, den die SLP seit August mit Flugis und Kundgebungen vorantreibt, etwa beim mit 300 Studis hervorragend besuchten

Aktionsplenum. Diese Kraft von unten ist nötig, um von der Studivertretung Maßnahmen einzufordern, und führt mit der Demo am 5.12. zum Teilerfolg.

Darauf darf man sich natürlich nicht ausruhen – Beispiele gelungener Studienkämpfe wie 2012 in Quebec zeigen, dass der Zusammenschluss mit anderen Betroffenen der Kürzungspolitik sowie den Gewerkschaften den Weg zur freien Bildung weist!

Bernhard Mallinger

## Fundstück des Monats



## Aufstand der LeiharbeiterInnen?

Vor 2085 Jahren erhoben sich SklavInnen unter ihrem Anführer Spartacus. Sklavenarbeit ist eine der schärfsten Ausbeutungen der „Ware Arbeitskraft“. Ob die Firma „Spartacus – Arbeitskräftebereitstellung“ nur ehrlich sein wollte? Denn Leiharbeit gehört im 21. Jahrhundert zu den schärfsten Ausbeutungsformen.

**Am 21. Dezember** geht die Welt unter. Sagen angeblich „die Maya“. Nun ja, eigentlich sagen es „ExpertInnen“, die trotz ultimativem Ende schön viel Geld dafür nehmen.

Das Ganze wäre nur üblicher Unsinn (in den letzten 2000 Jahren waren ca. 120 Weltuntergänge angekündigt), wären da nicht Berichte über echte Angst, die sich deswegen bei manchen Kindern und Jugendlichen breit macht.

Ziehen wir einmal den ganzen esoterischen und religiösen Wahn ab: Könnte die gegenwärtige Weltuntergangsfurcht auf ihre eigene Art die Krise der kapitalistischen Gesellschaft widerspiegeln?

Es gibt tatsächlich

## Rote Seitenblicke

viele Situationen, in denen für Menschen die Welt plötzlich untergehen kann. Vor allem für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und selbst vorgeblich abgesicherte MittelstandsbürgerInnen. Abgesehen von Schicksalsschlägen produzieren die Marktwirtschaft und ihre Politik Entlassungen und Insolvenzen, häusliche sowie rassistische Gewalt, Stress-Erkrankungen und Zwangsraumungen.

Die Bedrohungen menschlicher Existenz sind noch umfassender: Klimawandel, Millionen Flüchtlinge infolge Krieg und ethnischer Konflikte, nuklearer Müll, Mangel an leistbarer Nahrung, sauberem Wasser und Zugang zu moderner Medizin. Der Untergang der Zivilisation schreitet voran. Doch er ist nicht unabwendbar. Und er hat keine übersinnlichen Ursachen. Veränderungen erfordern jedoch persönliches Engagement zum Aufbau von sozialen Massen-Bewegungen. Das ist schwerer, als einen zornigen Gott anzuflehen – aber effektiver.

**Peter Gründler**



## Musik ist politisch

**Vorwärts:** Warum hast du dich beworben?

**Laura:** Ich wollte dem Kampf der ÖlarbeiterInnen in Kasachstan eine Platt-

wurde er wieder inhaftiert und hat sich aus Verzweiflung die Pulsadern aufgeschlitzt. Er hat nur knapp überlebt, wurde aber nicht freigelassen, sondern nur

**Laura:** Musik ist, wie fast alle künstlerischen Ausdrucksformen, hoch politisch. Menschen drücken aus, was sie bewegt. Im Kapitalismus stößt man

Politik fördert v.a. ihr genehme Musik. Als KünstlerIn überlegt man sich es dann dreimal, bevor man die Hand, die einen füttert, kritisiert. Musik

*Am 12. Februar 2013 findet der 10. Protestsongcontest statt.*

*Laura Rafetseder tritt mit „Ballad of Zhanaozen“ an.*

form geben. Der Protestsongcontest ist eine Möglichkeit, die Machenschaften des Regimes öffentlich anzuprangern. Viele Überlebende vom 16.12.2011 wurden absurderweise angeklagt, das Massaker provoziert zu haben. Vadim Kuramshin, Menschenrechtsanwalt und Unterstützer von Campaign Kazakhstan, wurde dank einer Solidaritätskampagne freigesprochen. Nun

notdürftig verarztet. Esenbek Ukteshbayev, führend in der unabhängigen Gewerkschaft Zhanartu und im Socialist Movement Kazakhstans, kehrt gerade aus dem Exil nach Kasachstan zurück – gerade deshalb braucht er den Schutz durch größtmögliche Öffentlichkeit.

**Vorwärts:** Wie viel musikalischen Protest lässt der Kapitalismus zu?

damit früher oder später an die Grenzen der Gesellschaft oder gerät in Konflikt mit ihr. In der kapitalistischen Musikwirtschaft geht es nur um Profite. Starke (Jugend-) Bewegungen spiegeln sich zwar in der Musik wider, aber die Musikindustrie adoptiert und vermarktet sie rasch. Zugelassen wird freilich nur stromlinienförmiger, ungefährlicher Protest. Und die

kann Proteste unterstützen, indem sie Öffentlichkeit schafft, aber sie ist kein Ersatz für Bewegungen. Umgekehrt gibt es den Versuch von rechts, Musik für ihre Zwecke einzusetzen – die extreme Rechte versucht z.B. über Nazibands und Nazikonzerte, sich ein Umfeld aufzubauen. Das kann man nur durch eine starke antifaschistische Bewegung kontern.

## Der Sport, der Felix und die Diktatur

**Zwei einander** gegenüberstehende Teams. Ziel des Spiels: Vernichtung des anderen „Volkes“. Die Rede ist nicht von einem blutigen Ego-Shooter, sondern von Völkerball, das wohl täglich in Österreichs Schul-Turnsälen gespielt wird. Seine Wurzeln hat Völkerball im Nationalismus des 19. Jahrhunderts – als Folge der Etablierung kapitalistischer, konkurrierender Nationalstaaten (früher hießen die Teams auch „Deutschland“ und „Frankreich“). Populäri-

siert wurde es durch den deutschen Faschisten und den heute noch populären „Turnvater“ Jahn. Ihm war es Vorbereitung für den völkischen Krieg.

**Logisch, dass** in dieser Periode auch die Olympischen Spiele wieder ausgegraben wurden. Sie waren weniger als Akt internationaler Aussöhnung gedacht, sondern als Kräftemessen der Nationen mit militaristischem Beigeschmack – bei den ersten Spielen 1896 in Athen gab es spezielle Be-



werbe für Offiziere. Auch heute sind viele OlympionikInnen abseits der Spiele SoldatInnen – von den 70 österreichischen AthletInnen bei den Sommerspielen 2012 kamen 39 aus dem Heer. Im kapitalisti-

schon Konkurrenzwahn erhält Sport leicht einen autoritären und militaristischen Charakter – da verwundert es kaum, dass sich Felix Baumgartner eine Diktatur wünscht.

**Sebastian Kugler**





## Wehrpflicht vs. Berufsheer: Tarnen und Täuschen!

**Bis Herbst 2010** war alles klar: Die ÖVP drängte seit Jahren auf die Abschaffung der Wehrpflicht, doch die sei, schrieb Verteidigungsminister Darabos (SPÖ) im September, „in Stein gemeißelt“. Dann, kurz vor den Wiener Wahlen im Oktober, erinnerte sich Bürgermeister Häupl (SPÖ) an Kreisky – der hatte 1970 mit „Sechs Monate sind genug!“ eine Verkürzung

seitige Blockade war wiederhergestellt. Bis sich der NÖ Landeshauptmann in die Diskussion einschaltete: Er könne sich eine „Volksbefragung“ vorstellen, ließ Erwin Pröll (ÖVP) ausrichten. Und die Parteispitze zog brav mit.

Daraus lassen sich vorerst drei Schlüsse ziehen. Erstens wurde deutlich wie nie zuvor, wer in SPÖ und ÖVP wirklich das Sagen hat. Zweitens

ne Aufrüstung. In Sachen Wehrpolitik misstraut die Bevölkerung mehrheitlich allen Parteien. Anfang November antworteten 50% der ÖsterreicherInnen auf die Frage „Welche Partei ist die kompetenteste, wenn es um das Bundesheer geht?“ mit „Keine“ (Karmasin Motivforschung in profil 45/2012).

**Da stellt sich die Frage,** ob Wehrpflichtdebatte und

klar, dass es sich hier in Wirklichkeit nicht nur um verteidigungspolitische, sondern auch um soziale Fragen handelt. Nämlich darum, wie die staatlichen Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich möglichst gering gehalten werden können. Mit dem „freiwilligen sozialen Jahr“ um rund 1.300 EUR brutto/Monat nach dem Modell von Sozial-

ger Bestandteil jener Debatte, die unter dem Titel „Wehrpflicht oder Berufsheer“ geführt wird.

**Denn egal,** welches Ergebnis die Volksbefragung am 20. Jänner bringen wird – die Umstrukturierung des Heeres ist als „hidden agenda“ längst im Gange. Allein die Umrüstung einiger „Pandur“-Radpanzer vom letzten Sommer macht deutlich, wo-

*Hinter den Kulissen der Bundesheerdebatte plant die Regierung Kürzungen im Sozial- und Gesundheitssystem.*

der Wehrdienstzeit versprochen und die Wahlen gewonnen. Also forderte Häupl die „Abschaffung der Wehrpflicht“. Die Parteispitze zog brav mit.

Auf diesen Schwenk reagierte die ÖVP sofort und denkbar skurril. Anstatt bereitwillig aufzuspringen und ihre Forderung durchzusetzen, sagten die Bürgerlichen „sicher nicht“. Die Positionen schienen über Nacht vertauscht, und die gegen-

wurde klar, dass und wie die Werkzeuge der so genannten „direkten Demokratie“ für parteipolitische Zwecke missbraucht werden (VORWÄRTS 211, S.14). Drittens wurde ganz offensichtlich, dass es keiner der Koalitionsparteien „um die Sache“ oder gar „um die Menschen“ geht. Wäre dem so, hätten nicht beide Parteien einen 180°-Schwenk machen können. Klar ist aber auch: Beide wollen letztlich ei-

Volksbefragung einen tieferen Sinn (ver)bergen? Es ging der Regierung wohl auch darum, den Eindruck des „Stillstandes“ loszuwerden. Doch als reines Ablenkungsmanöver von diversen Skandalen und Korruptionsaffären taugt die Debatte bislang nicht. Aber durch die vom Bundesverfassungsgesetz bedingte Verknüpfung des Zivildienstes mit der Wehrpflicht wird schnell

minister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) würde weiterhin Lohn-Dumping auf der Tagesordnung stehen (ganz abgesehen davon, dass sich neue Repressionsmaßnahmen gegen Arbeitslose aufzutun würden). Bei Beibehaltung der Wehrpflicht müssten weiterhin Zwangsverpflichtete für ein Taschengeld den Betrieb aufrecht erhalten. Welches Modell das billigere ist, ist wichti-

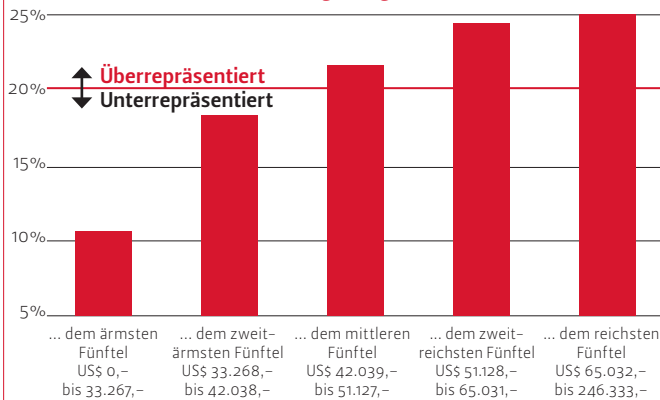
hin die Reise geht: Neben Blaulicht, Folgetonhorn und Lautsprechern wurden sie mit Schwenkflügelgittern (2,5m x 7 m) ausgestattet, „um ein effizienteres Aufhalten und Ablenken von Demos unter höherem Schutz des eigenen Personals sicherzustellen“ (Der Standard, 13.7.12). Darüber freilich werden wir nicht befragt.

**Alexander Svojtko**

## Berufsheer in den USA: Armee der Reichen

SoldatInnen kommen eher aus reichen Vierteln als aus armen.

... Prozent der Armeegehörigen kommen aus ...



Quelle: Heritage Foundation, Who Serves in the U.S. Military? The Demographics of Enlisted Troops and Officers, 2008

## Zahlen & Fakten

### ► Arm & Reich in der

**US-Armee:** Menschen aus reicheren Schichten dominieren die U.S.-Armee, aber: Laut einer Studie des "Carsey Institute" stammen die US-Opfer im Irak überproportional aus dem armen ländlichen Amerika. Die Elite sitzt im riesigen Führungsapparat, Militärgeheimdienst und Spezialeinheiten. Bei der aktiven Truppe sieht es anderes aus: Gesamtbevölkerung: 13,1% Afro-AmerikanerInnen, 25% Latinos Militärpersonal: 21,8% Afro-AmerikanerInnen, 34,4% Latinos Die durch die Wirtschaftskrise steigende Arbeitslosigkeit in den USA hat dazu geführt, dass es laut US-Verteidigungsministerium erstmals seit 1973 gelungen ist, alle Stellen wie gewünscht zu besetzen.

► **Zivildienst:** Die Grundvergütung beträgt € 300,-, wenn es keine Verpflegungsmöglichkeit gibt (z.B.: Rettung), kommen € 490,- Essensgeld dazu, bei vorhandener Wohnung ein Drittel des früheren Gehalts für Wohnkostenbeihilfe. Das sind dann, bei wenig oder keinem Gehalt vor dem Zivildienst, insgesamt maximal € 1.090,- + Freifahrt, aber das alles nur mit

viel bürokratischen Aufwand und Zweckbindung. Zivildienstler ohne eigene Wohnung und mit Verpflegungsmöglichkeit kriegen nur € 300,-. Letztes Jahr haben sich 13.510 junge Männer für den Zivildienst entschieden, das sind 36%. Fast 6.000 Zivildienstler arbeiten im Rettungsdienst (mehr als 40%), der Rest vor allem bei Lebenshilfe und Caritas.

- **Grundwehrdienst:** Grundwehrdienstler bekommen eine Grundvergütung von € 200,- mit den ca. € 40,- Verpflegungsgeld sind das dann € 240,-. Jährlich leisten ca. 30.000 junge Männer sechs Monate lang ihren Grundwehrdienst.
- **Jährliche Gehälter der Führung:** Generalstabschef Entacher: € 121.847,- brutto Verteidigungs-, Sozial-, Gesundheitsminister: € 232.596,- brutto
- **Berufsarmeen in Europa:** u.a. Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien. Diese Armeen haben sich im letzten Jahrzehnt an einer Reihe von Kriegen beteiligt: Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Pakistan und Libyen, mit geschätzten über einer Million Toten.

Quellen: derstandard.at, Friedenswerkstatt Linz, Zivildienstserviceagentur, Österreichisches Bundesheer, Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, Informationsstelle Militarisation.

# Die Qual der Wahl: W tun bei der Abstimm über das Bundeshee

„Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“ Die Fragestellung ist eine Herausforderung. Der Vorstoß der SPÖ zur Abschaffung der Wehrpflicht spricht besonders junge Wähler an. Der Gedanke an sechs Monate Drill und Langeweile in der Kaserne oder neun Monate unterbezahlte Arbeit im Sozialbereich ist wenig verlockend.

Die Stimmenverluste der SPÖ an die FPÖ bei jungen Männern ist nur eine Ursache der Debatte. Doch die Hintergründe sind andere.

In ganz Europa geht der Trend Richtung Berufsarmee und Aufrüstung. Hintergrund ist die Wirtschaftskrise. Die herrschende Klasse und ihre Staaten brauchen verlässliche und gut ausgerüstete Armeen. Die Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten nehmen zu. So ging es beim Auslandseinsatz des Bundesheeres im Tschad um die Sicherung der dortigen Erdölvorkommen für die ÖMV. Die Grünen treten für ein Berufsheer ein, argumentieren mit „Auslands-Friedenseinsätzen“ (!). So könnten SoldatInnen bei Auslandseinsätzen neue Sprachen und Kulturen kennenlernen. Afghanistan, Tschad, Kosovo und Golanhöhen als Kulturaustauschprogramm? Sightseeing im Panzer? Dieser wirre Gedankenerguss entspringt wohl dem schwierigen Spagat zwi-

schen Koalitionsfähigkeit mit der SPÖ und der grünen Basis.

Ein weiterer Grund für eine „Professionalisierung“ liegt im Schutz der herrschenden Klasse nach innen. Engels bezeichnete den Staat als „Formation bewaffneter Menschen“. Der Unmut nimmt zu, Proteste, Aufstände und sogar Revolutionen sind die Folge. In der Krise wird das auch in Europa (Spanien, Griechenland) sehr konkret. Sogar die Option Militärdiktatur ist für Griechenland denkbar. Die Herrschenden brauchen also ein verlässliches Heer, um gegen die eigene Bevölkerung vorgehen zu können. Dort, wo es nur kleines oder gar kein Militär gibt, finden sich Alternativen.

**Sozialistische Jugend (SJ) und KPÖ** treten für eine komplette Abschaffung des Heeres ein. Grundsätzlich ein verlockender Gedanke. Doch das würde zu einer Aufrüstung der Polizei oder der Bildung anderer bewaffneter Formationen führen (Bsp. Riot-Police in Frankreich oder Gardà in Ungarn).

Auf jeden Fall geplant ist letztlich eine Militarisierung (Stichwort „effektiver“). Die SPÖ ist die konsequente Vertreterin der Interessen der herrschenden Klasse. FPÖ und ÖVP wollen auf dieses Instrument zur Disziplinierung junger Männer nicht verzichten. Und die ÖVP hat großen Druck aus „Blau-lichtvereinen“, die Angst vor dem Verlust der ca. 13.000 extrem billigen Zivildienstler haben.

Diese Angst versucht die SPÖ mit dem neuen „freiwilligen sozialen Jahr“ (FSJ) aufzufangen. Dadurch, dass anders als beim Zivildienst auch Frauen ein FSJ machen können und die Dienstzeit länger ist, hofft SPÖ-Minister Hundsdoerfer die Lücke füllen zu können. Möglich, dass besonders junge Menschen das FSJ als Alternative zu Arbeitslosigkeit aufgreifen. Manche werden das freiwillig tun – aber viele unter Zwang. Dazu passen die Vorschläge, das AMS mit dem FSJ zu betrauen. In Deutschland ist es längst üblich, Arbeitslose praktisch ohne Lohn zur Arbeit im Sozialbereich zu zwingen. Das neue FSJ wäre ein Schritt in diese Richtung.

Entlarvend ist, dass die SPÖ noch nicht einmal in Erwägung zieht, die Zivis durch normale Dienstverhältnisse zu ersetzen. Das FSJ soll benützt werden, um die Löhne im Pflege- und Sozialbereich weiter zu drücken – und bei zunehmender Arbeitslosigkeit kann die FSJ-Bezahlung weiter sinken. Der ÖVP ist aber sogar der – zu niedrige – vorgeschlagene Lohn von 1.300,-/Monat für das FSJ zu viel. Es sei zu teuer und führe zu einer „Entwertung des Ehrenamtes“.

Ein Knackpunkt bei der nicht verbindlichen Volksbefragung liegt darin, dass die Umsetzung der sehr vagen Fragestellung wohl erst nach der Wahl kommt. Die „Volksbefragung“ ist eine populistische Reaktion der Regierung auf den Wunsch nach mehr Demokratie. Doch statt über die Zukunft des Heeres offen



# Was ung r?



zu debattieren, stehen nur die Wahlmöglichkeiten der Regierungskoalition zur Verfügung. Forderungen, die von Soldaten und v.a. aus dem Sozialbereich seit langem kommen, wurden ignoriert. Die Umsetzung des Befragungsergebnisses ist offen. Alles was vor-

schoß, ist das Gegenbeispiel. Mit dem (Minderheits-) Milizanteil will Darabos ein '34er Szenario verhindern – das ist Augenauswischerei! Ein Berufsheer birgt nicht zu unterschätzende Gefahren. In Deutschland wurden im Rahmen der Umstruk-

Front stehen die SoldatInnen aus der ArbeiterInnenklasse, in den Befehlsrängen die aus der herrschenden Klasse.

Doch auch wenn ein Berufsheer absolut abzulehnen ist, ist der Status Quo keine Lösung: dieser ist eine Zumutung für junge

## Ein Milizheer ist aus Sicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen die sicherste Variante einer Armee im bürgerlichen Staat.

liegt, sind Vorschläge; Beschlüsse sind erst nach der Nationalratswahl zu erwarten. Wie wenig von SP-Wahlversprechen zu halten ist, besonders wenn sie sich auf einen Koalitionspartner ausreden kann, ist bekannt. Demokratie sieht anders aus!

**Die SLP** lehnt eine Berufsarmee grundsätzlich ab. Das jetzige Bundesheer ist ein Mischsystem aus Wehrpflichtigen-, Miliz- und Berufsheer. Ein Milizheer ist aus Sicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen die sicherste Variante einer Armee im bürgerlichen Staat. Die Verankerung der Miliz in der ArbeiterInnenklasse, aus der sie zum Großteil ja kommt, macht es im Ernstfall für die Herrschenden schwierig, die Armee gegen die Bevölkerung einzusetzen. So kann sich die syrische Diktatur derzeit nur auf ihre Berufssoldaten verlassen, die Wehrpflichtigen desertieren in Massen.

Der Februar 1934, als ein Berufsheer auf die Wohnhäuser von ArbeiterInnen

turierung „zivil-militärische Strukturen“ aufgebaut, die auch für die Niederschlagung von Streiks im Transport-, Versorgungs- und Energiesektor und bei „Großereignissen“ (G8-Gipfel, Castor-Transporte, ...) eingesetzt werden können. Als Folge der Isolierung von der Bevölkerung, durch Kasernierung und die Tatsache, dass Befehlsverweigerung für BerufssoldatInnen existenzbedrohend sein kann, fällt es diesen leichter, auf streikende ArbeiterInnen oder demonstrierende Jugendliche einzuprügeln bzw. zu schießen.

Mit einem Berufsheer wird SoldatIn-sein verstärkt eine soziale Frage. Das Heer bietet sichere, relativ gut bezahlte Arbeitsplätze. Verständlich, wenn Jugendliche, die sonst keine Perspektive haben, dann zum Heer gehen. Doch SP-Androsch hat ausdrücklich auch die Sicherung des Nachschubs an Ressourcen zu den Aufgaben des Heeres gezählt: Die Armen sollen die Kriege für die Reichen kämpfen. Denn an der

Männer. Das blinde Befolgen der Befehle oft unfähiger Offiziere bei schlechter Bezahlung und miesen Bedingungen können wir nicht unterstützen. Auch die Ausbeutung von Zivildienern als Lohndrücker und unqualifizierte Lückenbüßer lehnen wir ab.

Die Volksbefragung ist eine Farce, eine Aufrüstung ist unabhängig vom Ergebnis geplant. Die SLP lehnt beide Antwortmöglichkeiten ab. Unser Beitrag zur Debatte ist es deshalb, uns für die Rechte von Zivis und Präsenzdienern einzusetzen und für die Ausfinanzierung des Sozial- und Gesundheitsbereichs zu kämpfen. Mit der Kampagne gegen die Nulllohnstunden in verschiedenen Bundesländern und den Protesten in der Steiermark gegen die wiederholten Kürzungen im Sozialbereich gibt es sinnvolle Ansätze, in die wir uns weiter einbringen werden.

**Tilman M. Ruster  
und Jan Millonig**

## **Marx aktuell**

**Die Herrschenden** sind mit Heer und Polizei bewaffnet. Sobald die ArbeiterInnenklasse ihre Macht in Frage stellt, wehrt sich die herrschende Klasse. Revolutionäre Bewegungen wurden mit Gewalt beantwortet, sobald sie für die Herrschenden gefährlich wurden: Im Spanischen Bürgerkrieg konnten die Faschisten große Gebiete Spaniens unterwerfen, weil Ministerpräsident Quiroga die Volksbewaffnung verweigerte. In Chile 1973 blieb die Forderung der ArbeiterInnen nach Bewaffnung unerfüllt – ein blutiger Militärputsch und Diktatur waren die Folge. Obwohl Chávez in Venezuela den Kapitalismus nicht abschafft, ist er doch gefährlich. Gerettet wurde er durch die ArbeiterInnen, die sich selbst bewaffneten.

Eine unbewaffnete ArbeiterInnenklasse hat keine Chance: nur wenn sie bereit ist, sich zu bewaffnen und

## Die Waffen nicht den Herrschenden überlassen

zu verteidigen, kann sie erfolgreich sein.

SozialistInnen haben daher die Forderung nach allgemeiner Wehrpflicht und „Volksbewaffnung“ aufgestellt. „... Die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts; sie setzt die Stimmenden in Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen.“ (Friedrich Engels, Preußische Militärfrage, 1865)

Die marxistische Forderung nach Volksbewaffnung ist nicht zu verwechseln mit reaktionärer Waffen-Narretei oder der law-and-order-Forderung nach Bürgerwehren, mit denen gegen vermeintliche „Verbrecher“ vermeintliche „Sicherheit“ geschaffen werden soll. Sie ist vielmehr das Gegenteil.

Die Anzahl der Waffen ist nicht der Grund für Gewalt. In Kanada haben 26% der Haushalte eine Waffe, doch es gibt wenig Schusswaffenmorde. Ähnlich in der Schweiz. Doch in Ländern mit schärferen Waffengesetzen aber größeren sozialen Problemen gibt es wesentlich mehr Gewalttaten. Auch das strengste Waffengesetz hält rechte und reaktionäre Kräfte nicht davon ab, sich zu bewaffnen. Pazifismus kann Rassismus und law-and-order-Wahn nicht stoppen, sondern überlässt ihnen die Waffen. Unsere Antwort ist nicht die individuelle Bewaffnung bis an die Zähne – aber wir überlassen das „Gewaltmonopol“ auch nicht dem Staat der Reichen und den Rechten!

„Und dann, welche Regierung würde es wagen, die politische Freiheit anzutasten, wenn jeder Bürger ein Gewehr und fünfzig scharfe Patronen zu Hause liegen hat?“ (Friedrich Engels, 1887)

Die Verhinderung von Gewalt gelingt nicht über beschränkten Zugang zu Waffen, sondern über soziale Verbesserungen. Entscheidend ist nicht private Schießwütigkeit, sondern kollektive Organisation im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft und die Verteidigung einer solchen Revolution. Wesentlich ist dabei die Selbstbestimmung von ArbeiterInnen und deren Möglichkeit, sich zu verteidigen, verbunden mit einer starken ArbeiterInnenbewegung und der Entwicklung einer ArbeiterInnendemokratie. Es geht darum, wer darüber entscheidet, wer bewaffnet ist, wer Zugang zu Waffen hat, wer entscheidet und ausbildet. Staatliches Gewaltmonopol muss durch Gesellschaftliches ersetzt werden. Dazu gehört auch die Verstaatlichung von Rüstungskonzernen und Waffenproduktion unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle von ArbeiterInnen.

**Helga Schröder**



Foto: Martin Juen

# Nur Profis schaffen Sicherheit!

Nach der für beide Regierungsparteien (SP & VP) verlorenen Wahl in Graz steht fest: Die Volksbefragung wird Chefsache. Wir werden also mit (Fehl-)Informationen zum Thema überschwemmt. Um die wirklichen Probleme

lizsystem ist einem Berufsheer vorzuziehen. Insofern verteidigen wir die Wehrpflicht gegenüber einem Berufsheer. Doch v.a. fordern wir ein demokratisches Heer. SoldatInnen sollen nicht wie der letzte Dreck behandelt und so

Aufgabenstellung des Heeres muss neu diskutiert und demokratisch festgelegt werden. Das ist unsere Vorstellung einer Demokratie-Offensive im Bundesheer. Darum aber geht es bei der Volksbefragung nicht.

wird eine bezahlte Dienstfreistellung für Menschen, die ehrenamtlich in Hilfsorganisationen tätig sind sowie ausreichend Geld für hauptamtliche, ordentlich bezahlte Kräfte!

Genauso verlogen ist die

len Ecken und Enden, es bräuchte viele Profis in diesen Berufen und nicht vom AMS zwangsvermittelte Arbeitslose im Rahmen des „freiwilligen sozialen Jahres“. Jeder Mensch soll das Recht haben, optimal versorgt und betreut zu werden. Die 2-Klassenmedizin wird durch Ausgliederungen und Privatisierungen noch weiter getrieben. Ein Zivildienstler wird ein paar Tage angelernt, um teilweise die gleiche Arbeit zu verrichten wie jemand, der eine lange Ausbildung hatte. Klar, dass die immer stärker nach unternehmerischen Grundsätzen geführten Spitäler und Sozialeinrichtungen nach Zivildienstern schreien – sie sind billiger. Auch darum geht es bei der Volksbefragung nicht. Das ist kein Zufall. Mit dieser Volksbefragung wird es weder eine Demokratie-Offensive beim Heer, noch eine Sicherheits-Offensive im Gesundheits- und Sozialbereich geben. Stattdessen gibt es Aufrüstung, Ausverkauf und Billigjobs. Für eine Sicherheits- und Demokratieoffensive beim Heer und im Gesundheits- und Sozialbereich jetzt!

## Für eine echte Sicherheitsoffensive im Sozial- und Gesundheitsbereich durch ordentlich bezahlte Fachkräfte.

wird aber von allen Parlamentsparteien ein großer Bogen gemacht. Wer von uns braucht Panzer, Abfangjäger, Handgranaten, Scharfschützengewehre oder geheime Spionagedienste? Die EU rüstet auf, um den Zugriff auf Ressourcen und die Herrschenden vor „dem eigenen Volk“ zu schützen. Jedes Gewehr beim Bundesheer ist nicht gegen irgendwelche „bösen“ Feinde, sondern auch gegen uns gerichtet. In Österreich bespitzeln jetzt schon die heereseigenen Spionagedienste GewerkschafterInnen und politische AktivistInnen.

Die eigentliche Frage ist nicht, vor wem uns das Heer schützt, sondern wie wir uns vor dem Heer schützen können. Ein Mi-

auf ihre künftige Rolle im Leben vorbereitet werden. Ganz im Gegenteil, SoldatInnen sollen gleichberechtigt sein und mit vollen gewerkschaftlichen Rechten ausgestattet. Statt undemokratischen Hierarchien sollen sie ihre VertreterInnen und Vorgesetzten wählen – und auch wieder abwählen – können. Das bedeutet auch die Abschaffung aller Strafen, Sondergesetze und Regelungen gegen „Dienstverstöße“. Natürlich müssen auch die Privilegien des teils aristokratischen, überkommenen Offizierskorps abgeschafft werden. Dafür soll sich die Entlohnung der Präsenzdiener an normalen Kollektivverträgen orientieren und nicht an völlig absurden Tagessätzen, von denen niemand leben kann. Selbst die grundsätzliche

In der Debatte geht es auch um Katastrophenschutz. Tatsächlich tragen bereits jetzt Feuerwehren ca. 90% des Schutzes (orf.at), das Heer spielt kaum eine Rolle. Es gilt, auch den Rest des Katastrophenschutzes in zivile Hände zu legen. Problematisch in diesem Bereich ist der hohe Freiwilligenanteil, bzw. deren Bedingungen. Freiwilligenarbeit wird zwar gelobt, aber nicht entlohnt. Im Gegenteil müssen Freiwillige sich teilweise sogar Urlaub nehmen, um zu helfen. Auch der alltägliche Betrieb im Rettungswesen, besonders bei Ambulanzen, wäre ohne Freiwillige schon längst zusammengebrochen. Als Entschädigung bekommen sie oft nur ein paar Fahrscheine. Statt schöner Worte fordern

Argumentation beim Zivildienst. Die, die jahrelang die Zivildienstler als Drückberger und Weicheier beschimpft haben, entdecken sie jetzt als Stütze unseres Sozialsystems. Mit Hilfe des Zivildienstes wurden im Gesundheits- und Sozialbereich tausende Vollzeit-Jobs vernichtet. Viele junge Männer haben sich für den Zivildienst entschieden, weil sie etwas Sinnvolles leisten wollten. Das ist lobenswert. Aber anstatt das angemessen zu entlohnen und eine berufliche Perspektive im Sozial- und Gesundheitsbereich zu geben, werden sie schamlos als Lohndrücker und als „Depp vom Dienst“ missbraucht. Wer im Sozialbereich arbeiten will, soll das auch können. Das Sozialsystem kracht an al-

# Flüchtlinge setzen sich zur Wehr!

**Egal ob Griechenland,** Australien oder jüngst der Flüchtlingsmarsch in Deutschland: Die Selbstorganisation der Betroffenen nimmt zu und sie stellt eine neue politische Qualität dar. Die Entwicklung erreicht jetzt Österreich. Bereits bei den Aktionstagen von „Familien und FreundInnen gegen Abschiebungen“ war eine deutlich höhere Beteiligung von Betroffenen spürbar. Es folgte die Dauerkundgebung somalischer Flüchtlinge. Sie blieben zwei Tage vor dem Parlament und forderten v.a. das Recht auf Arbeit und Asyl. Nach einer erfolgreichen Demonstration von AsylwerberInnen in Wien am 10.11. ging der Zusammenschluss weiter. Auf Initiative von pakistanischen Flüchtlingen wurde ein Protestmarsch von Traiskirchen nach Wien beschlossen. Zahlreiche MigrantInnengruppen (v.a. somalische KollegInnen), antirassistische Initiativen, linke kurdisch/türkische Organisationen und die SLP schlossen sich an. Am 24.11. marschierten Flüchtlinge und UnterstützerInnen von Traiskirchen nach Wien, wo sie von Hunderten weiteren DemonstrantInnen empfangen wurden, unter ihnen viele AsylwerberInnen. Im Anschluss wurde

ein Protestcamp im Votivpark errichtet. Weitere Demonstrationen folgten. Die Medien berichteten ausführlich. Aber nicht PolitikerInnen und NGOs debattieren, sondern die betroffenen AsylwerberInnen kommen selbst zu Wort!

Auch in vielen anderen Unterkünften wollen sich die BewohnerInnen organisieren, um gemeinsam gegen Schikanen aufzutreten und für ihre Rechte zu kämpfen. Die SLP unterstützt diese Proteste von Anfang an. Sie müssen ausgeweitet werden! V.a. die Gewerkschaften müssen die Wichtigkeit dieser Proteste begreifen und sie aktiv unterstützen. Wenn sie gemeinsam mit AsylwerberInnen kämpft, können diese nicht als Lohndrücker eingesetzt werden. Ein sinnvoller nächster Schritt wäre die Bildung von Flüchtlingskomitees in möglichst vielen Flüchtlingsunterkünften und deren österreichweite Vernetzung und Verbindung mit anderen MigrantInnengruppen, antirassistischen Gruppen und Gewerkschaften.

**Michael Gehmacher**

Mehr Infos unter:

<http://familienundfreundinnengegenabschiebung.wordpress.com/>  
<http://refugeecampvienna.noblogs.org/>



## Der feine Unterschied

Im Rahmen der Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz stellte der Künstler Christoph

Völlig anders verhält es sich mit KünstlerInnen, die zwar gerne mit rechter Symbolik und Rhetorik

zu gehen, als es „normal“ möglich wäre. Doch Kunst findet nicht abseits der Gesellschaft statt. Von Künst-

### Wo verläuft die Linie zwischen künstlerischer Provokation und rechtsextremer Agitation?

Schlingensief einen Container auf, auf dem „Ausländer raus“ und weitere rassistische Slogans prangten. Dass sein Container von einer antirassistischen Demo gestürmt wurde, sah er als Erfolg – Seine Provokation führte zu einer antirassistischen Reaktion, sein Container wurde zurecht als Symbol für systemischen Rassismus und Überwachungsstaat gedeutet.

„provizieren“, sich aber „missverstanden“ fühlen, wenn sie mit antirassistischem Protest konfrontiert werden. Bands wie „Death In June“ haben keine Probleme damit, wenn Rechtsextreme sich von ihrer Musik inspirieren lassen – und werfen Linken vor, ihre künstlerische Freiheit einzuschränken. Dahinter steckt die Taktik, unter dem Deckmantel der Kunst, weiter nach rechts

lerInnen propagierte Ideen können von „Fans“ aufgenommen und in die Tat umgesetzt werden. Macht es einen Unterschied, ob Menschen durch Hetze von Strache rassistisch werden oder durch einen Song? Wenn KünstlerInnen mit rechten Ideologien hantieren, ohne antirassistische Reaktionen provozieren zu wollen, sind sie genauso zu kritisieren und anzugreifen wie PolitikerInnen.



## Den radikalen AbtreibungsgegnerInnen entgegentreten!

In Irland ist eine junge Frau, Savita, gestorben, weil ihr trotz beginnender Fehlgeburt eine Abtreibung verweigert wurde. Schuld daran sind das dortige Abtreibungsverbot, die Katholische Kirche und der Staat. Zu den Protesten meinte Ewald Stadler, EU-Parlamentarier für das BZÖ: „Die irische Rechtsordnung bezüglich Abtreibung sollte allen EU-Mitgliedstaaten Vorbild sein!“. Damit ist er nicht allein. Die ÖVP-Mi-

nister Spindelegger, Mitterlehner und Berlakovich sind in einer Organisation (ÖCV), die das Verbot von Abtreibungen fordert.

Das CWI (in Österreich die SLP) organisierte nach dem Fall Savita internationale Proteste. Die SLP ist schon lange für Frauenrechte aktiv: Gegen den Weltgebetskongress in Wien, gegen die scheinheiligen Gebetsvigilien in Salzburg. Für kostenlose Abtreibung in allen Spitälern!

**Marlene Mayer**

## Termin des Monats

### Wie weiter für die arabische Revolution?

Auch zwei Jahre nach dem Sturz von Mubarak und Ben Ali kommt die arabische Welt nicht zur Ruhe. Die islamistischen Regierungen sind instabil, die Massen fordern weiterhin soziale und demokratische Rechte. Zeit zu bilanzieren und Perspektiven zu skizzieren: Welche Lehren

können gezogen werden? Was wurde erreicht und wie geht es weiter für die arabischen Revolutionen?

Mi., 16.01.2013, 18:30 Uhr

Salzburg, „Shakespeare“ (Hubert-Sattler-Gasse 3; beim Mirabellplatz)





# Schweden: Neoliberales Modell

**Schweden** hat sich in den letzten 20 Jahren vollständig gewandelt – vom Vorzeige-Sozialstaat zum neoliberalen Modell. Lange Zeit war der gewerkschaftliche wie politische Widerstand gegen diese soziale Konterrevolution schmerzhaft schwach. Nach einer Serie

**Die „Große Steuerreform von 1991“** wurde von Sozialdemokraten begonnen und von der rechten Bildt-Regierung vollendet; weg von einem progressiven Steuersystem; weniger Geld für öffentlichen Wohnbau. 2007 Abschaffung von Vermögens- und Grund-

freie Hand bekommen, mit dem einzigen Ziel, für niedrige Inflation zu sorgen.

**Kommunale Sozialleistungen:** Der Anteil von über 80jährigen, die öffentliche Altenpflege erhalten, ist von 62 % (1980) auf 35 % (2009) gesunken. Zahl

chen Fällen völlig, in anderen bis zu kleinen Sperrminderungen reduziert. Telekom, Bahn, Bus, Elektrizität und Post wurden völlig dem freien Wettbewerb geöffnet – mit Chaos als Folge. Der öffentliche Wohnbau ist zu großen Teilen an Private verkauft worden. Es gibt private Schulen, Gesundheitswesen und Kinderbetreuung, Altenpflege und Behindertenbetreuung. In Stockholm werden 60 % der Krankenhäuser und Schulen bereits von Privaten betrieben, in der Altenpflege in der Stockholmer Innenstadt sind es 79 %. Der Anteil der weiterführenden Privatschulen ist in den letzten zehn Jahren von 10% auf 50% angestiegen.

**Rättvisepartiet Socialisterna** (CWI-Schweden) hat infolge der Skandale in der Altenpflege das Kampagnennetzwerk „Wohlfahrt ohne Profite“ gestartet. Es gab Aktionen und Demonstrationen, was auch die Debatte in den Gewerkschaften beeinflussen konnte. Eine Petition für Wohlfahrt ohne Profite, unterzeichnet von 32 AktivistInnen, wurde am Tag vor der Schlüsseldebatte auf dem Gewerkschaftskongress im Mai in der größten Abend-

zeitung veröffentlicht. RS-Aktivist Bilbo Göransson hat bei der Debatte auf dem Kongress selbst eine wichtige Rolle gespielt und konnte eine Mehrheit für eine Resolution für die Annahme eines Non-Profit-Prinzips im Sozialwesen gewinnen – gegen den Willen von Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie. Am letzten Tag des Kongresses gab es in Stockholm eine Demonstration für Wohlfahrt ohne Profite.

Das steht in Einklang mit den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung, wie Umfragen belegen. Dennoch bleiben die Sozialdemokraten bei ihrer Position, dass Non-Profit im Sozialwesen „einfach nicht umsetzbar“ sei. Es gilt nun durchzusetzen, dass die Privatwirtschaft aus dem Sozialsektor gekickt wird. Wenn das nicht gelingt, werden Menschenrechte durch das Gesetz des Geldes ersetzt. Wenn die privaten Profiteure enteignet werden, gibt es die Basis für einen Wiederaufbau des Sozialsystems. Die Bedürfnisse der Menschen, nicht die Profite, müssen im Vordergrund stehen.

**Arne Johansson,**  
Rättvisepartiet Socialisterna  
[www.socialisterna.org](http://www.socialisterna.org)

## *In 20 Jahren vom Modell-Sozialstaat zum neoliberalen Vorbild für die Herrschenden Europas*

von Skandalen in der privatisierten Altenpflege ist die Ablehnung der profitgetriebenen Unternehmen in Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenbetreuung einer der heißesten politischen Brennpunkte.

Schon in den 1970er Jahren hat die herrschende Klasse in Schweden begonnen, mit neoliberalen Ideen zu flirten. Der Durchbruch kam aber erst in den frühen 1990er Jahren, in Folge der tiefen wirtschaftlichen Krise in Schweden. Mit dieser Krise und mit der Koppelung an und späteren Entkoppelung der Schwedischen Krone vom ECU (Vorgänger des Euro) wurden harte Maßnahmen durchgesetzt. Es gab ein Programm mit massiven Kürzungen, Deregulierungen und Privatisierungen:

steuern, Lohnsteuerkürzungen für höhere Einkommen.

**Große Pensionsreform 1994;** weg von staatlichen Pensionen, hin zu „privater Vorsorge“; ähnlich der Pensionsreform in Österreich 2003 (Durchrechnungszeitraum von den besten 15 Jahren auf die gesamten 40 Jahre ausgedehnt). Außerdem Umsetzung von Pensionskürzungen.

**Massives Sparpaket 94/95:** unter dem Sozialdemokraten Göran Persson mit Unterstützung der Linkspartei (KP in Schweden) und der Grünen. 1997 wurde die Sparpolitik institutionalisiert, mit einem Ziel von 2% Überschuss selbst in Krisenzeiten. 1999 hat die Schwedische Nationalbank

der Angestellten sank ebenfalls. Weniger als 10 % erhalten Heimpflege, im Vergleich zu 22 % vor 30 Jahren. Fast die Hälfte aller Spitalsbetten wurde abgebaut.

**Arbeitsmarkt dereguliert:** 2007 wurde u.a. das Arbeitslosengeld dramatisch gekürzt. Der bereits schwache Kündigungsschutz wurde weiter aufgeweicht, ebenso die Prekarisierung vorangetrieben.

**Privatisierungen:** Die Deregulierung und Profitorientierung von Staatsbetrieben war bereits in den 1980ern von der Sozialdemokratie gestartet worden, wurde allerdings mit erhöhtem Tempo ab den 1990ern fortgesetzt. Das hat den Anteil an Staatseigentum in man-

## Gaza: Brüchige Waffenruhe

Die **Bombardierung** des Gazastreifens im November zeigt, wie instabil die Lage im nahen Osten ist. Jederzeit können neue Kämpfe ausbrechen.

In Israel ist Wahlkampfzeit. Im Jänner soll gewählt werden. Die Regierungsparteien stehen in Umfragen nicht gut da. Hunderttausende Israelis demonstrierten im vergangenen Jahr gegen Sozialabbau. Die Bombardierung Gazas ist ein Manöver der israelischen Herrschenden, um von den Problemen in Israel selbst abzulenken.

Gaza ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete auf der Erde. Das von 1,7 Millionen Menschen bewohnte Gebiet wird durch eine israelische Blockade von Lebensmitteln und anderen Gütern abgeschnitten. Krankenhäusern fehlen Medikamente und Verbandsmaterial. Gaza wird oft als das größte Freiluftgefängnis der Welt bezeichnet.

In der Woche bis zum 21. November bombardierte das israelische Militär 1.350 Ziele in Gaza. Die Angriffe kamen aus der Luft und von Kriegsschiffen. Über 100 Menschen wurden getötet, mehr als 800 verletzt. Teilweise wurden ganze Familien ausgelöscht.

Die PalästinenserInnen haben ein Recht auf Selbst-

verteidigung! Doch in den westlichen Medien wurde fast nur über aus dem Gazastreifen kommende Raketenangriffe auf Israel berichtet. Diese dienen Israel als Rechtfertigung für die Angriffe auf Gaza. SozialistInnen lehnen Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung ab. Sie können den Kampf der PalästinenserInnen nicht zum Erfolg führen. Im Gegenteil treiben sie israelische ArbeiterInnen in die Hände der KriegstreiberInnen.

Die israelische Schwesterorganisation der Sozialistischen Linkspartei, Maavak Sotzialisti, die Bewegung „Sozialistischer Kampf“, rief sofort zu Massenprotesten in Israel und Palästina gegen den israelischen Staatsterror auf. Gleichzeitig kämpft die Bewegung für den Aufbau unabhängiger ArbeiterInnenorganisationen in Israel und den Palästinensergebieten.

Diese müssten für einen gemeinsamen Kampf der palästinensischen Massen und israelischen ArbeiterInnen eintreten: Gegen die Unterdrückung Palästinas! Gegen Sozialabbau! Für demokratische ArbeiterInnenregierungen in den Palästinensergebieten und Israel! Für ein Ende von Ausbeutung und Kapitalismus!

**Christian Bunke**



## USA: Rechte Agenda abgelehnt

Die **Niederlage** von Romney, lebendes Symbol des 1 %, zeigt, dass die Wut der Occupy-Bewegung noch brodelte. Aber während 2008 die Hoffnung, dass Oba-

abgelehnt. Das sagt weit mehr über die Stimmung in der Bevölkerung aus als die Wahlen an sich.

Nach Occupy gab es größere Streiks und Protes-

derte u.a. die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und erhielt fast 20.000 Stimmen.

AktivistInnen der Occupy-Bewegung sollten sich,

*Die Rechte hat am 6.11. eine Niederlage erlitten. Aber: Neue ArbeiterInnenpartei ist nötig!*

ma Veränderung bringen würde, überwog, herrscht nun Desillusionierung.

Der inszenierte Kampf des 2-Parteien-Systems verschleiert die Bewegungen, die existieren. Parallel zur Präsidentschaftswahl wurde durch Volksabstimmungen in vier Staaten die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen beschlossen und in Minnesota die Einschränkungen des Wahlrechts

te – und es stehen weitere bevor. Immer mehr Menschen suchen nach Wegen, das System zu bekämpfen.

Umfragen zeigen die steigende Unterstützung für sozialistische Ideen. Deutlich wurde das in Seattle, wo Kshama Sawant von Socialist Alternative (CWI UnterstützerInnen in den USA) Frank Chopp herausgefordert hat, den führenden Demokraten in Washington State. Sie for-

zusätzlich zum Kampf gegen Delogierungen und Verschuldung von Studierenden, zusammentun, um eine neue linke Partei in den USA aufzubauen. Eine Partei, die KandidatInnen für die Lokalwahlen nächstes Jahr aufstellt und v.a. die Kämpfe und Bewegungen zusammenführt und mit einem antikapitalistischen Programm ausstattet.

**Brett Hoven**

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## EU-Streiktag

**Am 14. November** rief der Europäische Gewerkschaftsbund zum ersten europaweiten Streik- und Aktionstag gegen die Kürzungspolitik auf. In Spanien, Portugal, Griechenland und Italien gab es Generalstreiks. Millionen ArbeiterInnen und Jugendliche in über 20 Ländern beteiligten sich daran. AktivistInnen des CWI waren Teil davon. Ein paar Kurzberichte...

Ausführliche Berichte und Video:

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

## Bahnstreik

**Belgien:** Der Großteil der öffentlichen Verkehrsbetriebe und einzelne Industriebetriebe streikten. In vielen Städten waren Schulen geschlossen und Tausende auf der Straße. AktivistInnen der „Sozialistische Partei des Kampfes“ (CWI in Belgien) waren bei den Demos und Streikposten präsent, wie bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben in La Louvière, bei Audi in Brüssel und beim Stahlwerk in Charleroi.

[www.socialisme.be](http://www.socialisme.be)

## Generalstreik: 5 Mio. auf Demos

**Spanien:** 77 % der ArbeiterInnen streikten. Die wichtigsten Wirtschaftssektoren standen still. Insgesamt gingen in über 130 Städten fünf Millionen ArbeiterInnen und Jugendliche auf die Straße! In Madrid und Barcelona waren es jeweils eine Million. Der Großteil wurde von lokalen Nachbarschafts- und Streikkomitees organisiert. Klar ist, die Massen in Spanien wollen entschlossen gegen die immer härtere Spar-

politik kämpfen. Die Regierung antwortete mit massiver Polizeigewalt gegen die Demonstrationen. „Socialismo Revolucionario“ (CWI in Spanien) beteiligte sich an Streiks und Demonstrationen in sieben Städten. Angel (CWI-Aktivist in Barcelona) berichtete: „Die ganze Stadt bewegte sich nur in Demos.“ Das CWI fordert einen 48-Stunden-Generalstreik als nächsten Schritt, um die Regierung zu stürzen. [srev.blogspot.com](http://srev.blogspot.com)

## Schulstreik

**Italien:** In 30 Städten gingen hunderttausende ArbeiterInnen und SchülerInnen gegen die Kürzungen im öffentlichen Dienst und Bildungswesen auf die Straße. Giuliano, Aktivist von ControCorrente (CWI in Italien), sprach vor tausenden SchülerInnen in Bologna: „Die Angriffe auf Schulen können wir nur mit einer Bewegung stoppen, die sagt: Wir lehnen die Diktatur des 1 % ab!“ [controcorrentesinistrapr.org](http://controcorrentesinistrapr.org)

# Tauschkreis & Regiowährung: Der Wolf im Schafpelz!



Mit **Tauschkreisen** werden alternative Netzwerke geschaffen, um Güter und Dienstleistungen untereinander zu tauschen. Regionalwährungen sollen das Geld in der Gegend halten und die Wirtschaft ankurbeln. AktivistInnen stecken viel Zeit und Energie in die Projekte, die auch als Alternativen in Zeiten der Wirtschaftskrise präsentiert werden. Dazu dienen auch historische Beispiele wie das „Wunder von Wörgl“.

gen Aufgaben des Staates und wirken systemstabilisierend. Häufig sind sie Betätigungsfeld von Rechtsextremen und FaschistInnen.

**Die ideologische Basis** der Projekte findet sich bei Silvo Gesell, bei AnhängerInnen der „Freiwirtschaftslehre“, bei „Libertären“. Gemeinsam ist: Nicht der Kapitalismus an sich wird als Ursache von Wirtschaftskrisen gesehen, sondern der Finanz-

schaft an. So die Theorie. Tatsache ist allerdings, dass nicht alle Versuche zentral abgedreht wurden sondern viele an sich selbst gescheitert sind. Und das Wörgler Experiment lebte von der Begeisterung der Gesell-AnhängerInnen, die ein Drittel der „Schwundgeldscheine“ als Souvenir horten. Das „echte“ Geld legte Wörgl am Finanzmarkt an und kassierte die Zinsen.

Wenn mit Gutscheinen bezahlt wird, dann kön-

Wirtschaftsliberalen wird „der Staat“ abgelehnt, d.h. auch der Sozialstaat. Die ebenfalls von Gesell geforderte „Enteignung“ des Grundbesitzes ist nichts anderes als das wirtschaftsliberale Herstellen gleicher Ausgangssituationen: In ihrer perfekten Marktwirtschaft sollen die Stärksten sich durchsetzen, und unter gleicher Ausgangssituation werden jene sich hervortun, die stärker, schlauer, gerissener sind. Sozialdarwinis-

Bei dieser Konzentration auf das Finanzkapital treffen sich Linke und Rechtsextreme in Tauschkreisen und Regionalgeldprojekten. Gesell selbst hatte mit der Zusammenarbeit mit völkischen und antisemitischen Zeitgenossen kein Problem. In diversen Projekten finden sich einschlägig bekannte Rechtsextreme und alte und neue FaschistInnen, wie z.B. im norddeutschen Hemmoor. Auch der rechte Uni-Professor Hörmann ist mit

## Krise und Entfremdung lassen Tauschkreise und Regionalwährungen als Alternativen erscheinen.

1932/33 wurde in dem kriegserschüttelten kleinen Tiroler Ort eine lokale Parallelwährung eingeführt. Die Arbeitslosigkeit sank und die lokale Wirtschaft wurde belebt. Das Projekt wurde – wie die meisten anderen Versuche – rasch von der Zentralbank abgedreht. Das ist wohl auch eine zentrale Basis für die Mythenbildung.

**Doch eine nähere** Betrachtung von Tauschkreisen und Regionalwährungen, der TeilnehmerInnen, der ideologischen Basis und der konkreten Auswirkungen zeichnen ein ganz anderes Bild. Bestenfalls handelt es sich um Selbstverwaltungsprojekte von Armen und Krisenopfern. Oft übernehmen sie beim Wegfall von Sozialleistun-

gen Menschen gezwungen werden, beim – teureren – lokalen Kleinunternehmen zu kaufen. Sie können sich kein Geld für Notfälle zurücklegen, wenn das Schwundgeld an Wert verliert. Auch diszipliniert werden kann so: Wer brav ist, bekommt „echtes“ Geld. Unruhestifter, AsylwerberInnen etc. kriegen nur Gutscheine und Regionalgeld, was deren Handlungsspielraum einschränkt.

nen Menschen gezwungen werden, beim – teureren – lokalen Kleinunternehmen zu kaufen. Sie können sich kein Geld für Notfälle zurücklegen, wenn das Schwundgeld an Wert verliert. Auch diszipliniert werden kann so: Wer brav ist, bekommt „echtes“ Geld. Unruhestifter, AsylwerberInnen etc. kriegen nur Gutscheine und Regionalgeld, was deren Handlungsspielraum einschränkt.

**Alle Projekte** führen dazu, die Energien von Menschen darauf zu bündeln, kleine Nischen zu schaffen, anstatt den Kapitalismus, der ja nur ein anderes Wort, nicht aber ein anderes Konzept als Marktwirtschaft ist, herauszufordern. Wie bei allen

mus in reinster Form.

**Tauschkreise** und Regionalgeld sind die typischen Konzepte kleinbürgerlicher Schichten im Angesicht der Wirtschaftskrise. Aus Angst, in der verschärften Konkurrenzsituation zerrieben zu werden, wird das idealistische Bild vom guten Unternehmer und der bäuerlichen Kleinidylle gemalt. Der Feind ist das Finanzkapital, das als Parasit gesehen wird. Der Trennung der Nazis in „raffendes“ und „schaffendes“ Kapital hat Gesell nur vorgegriffen. Dabei sind die verschiedenen Sphären der kapitalistischen Wirtschaft – Produktion und Finanz – seit über 100 Jahren eng und untrennbar verbunden.

seiner Kritik am Geldsystem aufgefallen. Die ideologische Basis dieser Projekte passt zum Konzept der „Volksgemeinschaft“, wo Nation statt Können zählt und die Tüchtigen über die Schmarotzer siegen.

**Der positive Ansatz** dieser scheinbaren Alternativen ist, dass Menschen sich selbst organisieren. Doch sind die Projekte im besten Fall eine Ablenkung von einem ernsthaft antikapitalistischen Kampf, den sie stellen einen Rückzug ins Private, auf die Selbsthilfe dar, anstatt sich gemeinsam mit anderen zu organisieren und z.B. die Sparpakete und Nulllohnstunden zurückzuschlagen.

**Sonja Grusch**



# SLP-Programm genau erklärt:

**Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.**

„Schuld“ ist das System Kapitalismus bzw. Imperialismus: Weltweit erhalten ArbeiterInnen nur einen Bruchteil des von ihnen erarbeiteten Wertes (über Lohn, Ge-

herrschen, Produktionssektor und Finanzkapital verschmolzen sind, und so viel Kapital brach liegt, dass es exportiert werden muss. Auf der Suche nach neuen Profitquellen haben die imperialistischen Länder schon Ende des 19. Jahrhunderts den Rest der Welt unter sich aufgeteilt. Seither versuchen sie, einander ihre Einflussgebiete abzunehmen. Krieg ist die logische Folge dieses Systems! Wir sind der Meinung, dass wir Hunger, Krieg und Armut nur besiegen können, indem wir den gemeinsamen Kampf der internationalen ArbeiterInnenbewegung gegen die KapitalistInnen in den Vordergrund stellen. Die 99 % gegen das 1 % - international. Und indem wir die Ursache der Armut - den Kapitalismus - überwinden!

## Internationalismus ist die Antwort auf Imperialismus

KapitalistInnen & Medien wollen uns gern weismachen, wir seien daran schuld, wenn Menschen in der „Dritten“ Welt am Hungertuch nagen. Weil wir billigen Reis oder Kaffee kaufen, weil wir zu wenig Geld spenden oder gekaufte Lebensmittel nicht aufessen. Jedoch sind es Spekulation mit Nahrungsmitteln, niedrige Löhne, Krieg und Umweltzerstö-

halt,...) zurück. Den größten Teil dieser im Produktionsprozess geschaffenen Werte behalten die KapitalistInnen. Die wahre Ungerechtigkeit herrscht zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen: und zwar bei uns genauso wie in der „Dritten“ Welt. Lenin analysiert, dass der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus darstellt, in dem Monopole die Wirtschaft be-

## Die SLP-Ortsgruppe

Als ich erstmals mein Interesse an der SLP bekundete, kam mit der Einladung zur Teilnahme an einer Ortsgruppensitzung gleich die erste positive Überraschung: „Hier werden keine Barrieren für den Zugang errichtet, man wird offen aufgenommen“, war mein erster Eindruck.

Und der bestätigte sich. Bei meinem ersten OG-Treffen gefiel mir die sofortige Einbindung ins Geschehen, der struktu-

rierte Diskussionsablauf, der sicherstellt, dass auch neue oder zurückhaltendere TeilnehmerInnen gehört werden. In den folgenden Wochen des gegenseitigen Kennenlernens, von meiner „Patin“ begleitet, erlebte ich die OG als demokratische Keimzelle der politischen Arbeit - hier finden die politischen Debatten statt, werden Kampagnen geplant, die Verankerung in der ArbeiterInnenklasse

und im Lebensumfeld vorangetrieben, in Klassenkämpfe eingegriffen, Interessenten aktiv betreut.

Und - mittlerweile vollends überzeugt und Parteimitglied - ich sah, wie ernst die politische Ausbildung der Mitglieder genommen wird - das Ziel ist, jedeN GenossIn soweit marxistisch auszubilden, dass als Kader jede Funktion in der SLP übernommen werden kann.

## Statt Krawatten, Socken und Ähnlichem: Zu Weihnachten eine Portion Sozialismus schenken!

Jedes Jahr wieder die verzweifelte Suche nach originellen, passenden und dabei nicht zu teuren Geschenken. Bei vielen wird es dann ein Notkauf in letzter Minute, der den/die BeschenkteN mäßig freut.

**Es geht auch anders - einfach politisches Material der SLP schenken:**

- ein Jahres-Abo von Vorwärts
- Broschüren zu Themen wie Ungarn, Prag

1968, Troztkismus im 21. Jahrhundert, Umweltfragen, Frauenrechten, Marxistischer Theorie etc. oder auf Anfrage auch marxistische Klassiker.

➤ politische T-Shirts für alt und jung

Einfach unter „Publikationen“ auf [www.slp.at](http://www.slp.at) anschauen, per mail an [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) bestellen und auf PSK 8812.733 bezahlen. Wir schicken dann das sozialistische Geschenk zu.



## Die SLP-Treffpunkte

### GMUNDEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Wiener Café'  
Esplanade Gmunden

### GRAZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Stockwerk'  
Jakominiplatz 18

### LINZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

### SALZBURG-STADT

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Shakespeare'  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?  
Wir helfen Dir beim Aufbau!

### NIEDERÖSTERREICH

**unregelmäßige Treffen**  
Infos per E-Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

### WIEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Dienstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
in der 'Pizzeria La Piazza'  
20., Gaussplatz 7  
Linie 31; Linie 5A - Gaussplatz  
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

**SLP-Unigruppe**  
jeweils Dienstag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Café Safran', Hinterzimmer  
4., Gusshausstraße 20  
U1 / U2 / U4 Karlsplatz

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Gasthaus Zypresse'  
7., Westbahnstraße 35A  
U6 Burggasse; Linie 5

Zahlreiche Termine und  
Veranstaltungshinweise  
auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

## Andere über uns



Die Abschlusskundgebung der FPÖ im Grazer Wahlkampf wurde mit massivem Protest konfrontiert. Strache und der Grazer FP-Chef-Eustacchio sahen sich mit mehr GegendemonstrantInnen als ZuhörerInnen konfrontiert. In der ersten Reihe dabei waren natürlich die AktivistInnen der SLP in Graz. Lautstark machten wir klar: „Arbeitsplätze statt rechte Hetze!“ - der ORF und die Kleine Zeitung berichteten.

## VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen  
aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



**VORWÄRTS Jetzt abonnieren: [www.slp.at](http://www.slp.at)**

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Protest gegen Nazi-Konzert in Wien

Foto: Daniel Hrnčir

**Mehr auf Seite 5**

# Rechtsextremen Ball verhindern!



*Der WKR-Ball heißt nun „Akademikerball“ – an seiner Gefährlichkeit ändert das nichts!*

**Letzten Jänner** zogen tausende AntifaschistInnen mit Unterstützung des ÖGB vor die Hofburg, um gegen den WKR-Ball zu protestieren. Das war ein Durchbruch im Kampf gegen dieses rechtsextreme Salon-Event. Doch am 1. Februar 2013 wollen Rechtsextreme aus ganz Europa wieder tanzen und sich vernetzen – diesmal unter dem Namen „Akademikerball“. Der Ball wird von denselben Leuten organisiert und ist ein Magnet für die rechtsextreme Creme de la

Creme Europas. Entgegen den leeren Versprechungen findet der Ball wieder in der Hofburg statt – mit (laut Einladung zum Ball) vom Innenministerium zugesicherter „unproblematischer Zu- und Abfahrt“.

**Gerade in der Krise** versuchen in Europa Rechtsextreme wie Strache, Wilders und Le Pen mit ihren Scheinlösungen Macht zu bekommen. Ihre Lösungen für die Krise heißen Nationalismus, Rassismus, Sexismus und brutale

Kürzungen für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche. Wozu das führt, sehen wir in Griechenland und Ungarn, wo faschistische Parteien immer stärker werden und eine physische Bedrohung für MigrantInnen, Linke und GewerkschafterInnen darstellen. Auf den Staat können wir uns nicht verlassen – wir brauchen auch diesmal eine massive antifaschistische und gewerkschaftliche Mobilisierung gegen den Ball!

**Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!**

› Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

› Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.

› Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!

› Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

› Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

› Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

› Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

› Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

› Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

› Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

› Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!

› SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

› Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

› Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

› Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

› Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.